



Grundsatzrede zur Ratsperiode 2016-2021

von Christoph Selke, gehalten in der konstituierenden Ratssitzung am 15. November 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Frau Stadtbaurätin, verehrte Ratskolleginnen und -kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“, diese Zeile aus dem Gedicht „Stufen“ von Hermann Hesse, bildet für mich den Auftakt und das Motto dieser Wahlperiode. Jeder Neuanfang birgt neue Möglichkeiten und neue Impulse. Diese Wahlperiode ist, wie kaum eine andere vorher, dafür gut geschaffen. Vielleicht ermöglicht es diese Ratsgemeinschaft über „Parteidistanzen“ hinweg, tatsächlich eine gemeinsame Linie zu entwickeln, ohne deutliche Mehrheiten, ohne Blockbildung.

So hat es auch die St. Paulus-Gemeinde in ihrer Einladung zur kurzen Feier heute beschrieben, „eigene und gemeinsame Ziele zu benennen und dabei den Zusammenhalt des 'Großen Ganzen' nicht aus dem Blick zu verlieren.“ Dies war ein ganz eigener Zauber, vielen Dank dafür, das war eine wunderbare Idee!

21 neue Ratsmitglieder mit wenig oder gar keiner kommunalpolitischer Erfahrung, sind die große Chance, eingefahrene Wege zu verlassen und neuen Ideen und Gedanken Raum zu geben. Wir können alte Zöpfe abschneiden, alte Schubladen schließen und ein Feuerwerk an Ideen zünden. Stellvertretend für alle neuen Ratsmitglieder begrüße ich das jüngste neue Gesicht: herzlich willkommen in der Kommunalpolitik, lieber Alexander Stoldt

Vordringliche Aufgabe wird es für und über diese Wahlperiode hinaus sein, für Buchholz eine Zukunftsidee, einen Leitgedanken, eine (neudeutsch) Vision, eine Masterplanung zu entwickeln, die die Zielsetzungen des ISEK's mit „Buchholz 2030“, die Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes und Klimaschutzkonzepts aufgreifen und umsetzen, um Buchholz zukunftssicher zu machen und die Qualität der Stadt zu steigern. Dabei wird die kommende Wahlperiode den Auftakt für diese Entwicklung bilden, die stufenweise auf das formulierte und definierte Ziel hinführen wird.

Wir wollen/sollen/können die Attraktivität von Buchholz steigern, für eine zukunftsähnliche Stadt, mit ihren tollen Angeboten und Möglichkeiten und mit den und für die Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben oder noch finden werden. Die Buchholzer Liste, als „kleiner“ Wahlsieger, wird ihren Teil dazu beitragen. Dies auch als Versprechen an die Wähler, die die gute Ratsarbeit der letzten fünf Jahre honoriert haben.

Es werden auch zukünftig die weichen Angebote sein, intakte soziale Strukturen, ein sehr gutes Angebot an Schulen, Sport- und Kulturstätten, die den Reiz einer Stadt wie Buchholz ausmachen.



Die Schwerpunkte der Buchholzer Liste werden daher eine nachhaltige und zukunftsweisende Stadt- und Verkehrsentwicklung und in meiner Person natürlich die Kultur in Buchholz sein. In der Stadtentwicklung wird die Buchholzer Liste den Ausbau bezahlbaren Wohnraums mit Ausweisung der entsprechenden Wohngebiete vorantreiben. Welche Lösung hier die beste sein könnte, der Anschluss an die Landkreis-Gesellschaft oder eine stadteigene Wohnungsförderungsgesellschaft zu gründen, wird die politische Diskussion ergeben.

Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern, mit absoluter Barrierefreiheit und Umgestaltung und damit Aufwertung öffentlicher Plätze ist eine weitere Möglichkeit, die Attraktivität zu steigern, da gibt es sicherlich Nachholbedarf.

In der Verkehrsentwicklung werden neben der Realisierung des Mühlentunnels, die Planungen für die Südtangente wieder aufzunehmen sein, hierbei wird auch die Verlegung des Treffpunkts/ZOBs eine Rolle spielen. Auch die Verbesserung der Anbindung an den ÖPNV muss weiter forciert werden. Besserer ÖPNV = weniger Verkehr = höhere Qualität. Die Stärkung des Radverkehrs mit einem eigenen Budget ist die logische Konsequenz aus ISEK u. Mobilitätskonzept – dies würde die Buchholzer Liste gerne umsetzen. Der Masterplan Radverkehr sollte zügig in Angriff genommen werden. Hier kann die Buchholzer Liste mit Peter Eckhoff, den quasi „Radverkehrsbeauftragten h.c.“ einen Fachmann par excellence aufweisen (Notiz am Rande: die Initiative „Buchholz fährt Rad“ wird 2017 federführend das „Stadtradeln“ übernehmen).

In der Verkehrspolitik sollte die Ostring-Debatte endlich ad acta gelegt werden und nach besseren Lösungen, sowohl was den fließenden Verkehr als auch für die Koexistenz von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern gesucht werden. „Stadtplanung ist Leidensverteilung, da geht es darum, den bestmöglichen Kompromiss zu finden“, so Bertram Weisshaar, der Stadtspaziergänger, jüngst in einem Interview. Shared Space, Reduzierung der Durchfahrtsgeschwindigkeit, eine wirklich auf einander abgestimmte Ampelschaltung wären praktische Beispiele dafür.

In der Schul- und Kindergartenpolitik wird die Buchholzer Liste darauf dringen, dass die wertvolle Schulsozialarbeit weiterhin gesichert ist (Dank nochmal auch von meiner Seite an die Verwaltung, die hier bereits tätig war). Für die Fortführung der bedarfsorientierten Politik der Vergangenheit hat die Buchholzer Liste dankenswerter Weise mit Helena Eischer und Imme-Janne Schoof zwei ausgewiesene Fachfrauen für ihre Reihen dazu gewinnen können. Die Sanierung der Buchholzer Schulen wird fortgeschrieben. Ein ganz schön dickes Brett, das zu bohren sein wird, wird der Umbau der Waldschule sein. Zwingend notwendig und vielleicht schon zu lange vor sich her geschoben.

In der Kulturpolitik wird die Erstellung eines Kulturzentrums mit kleiner Bühne, Übungsräumen, Café, möglicher Integration von Stadtbücherei und Kunstverein eine Zielrichtung sein. Außerdem wäre eine offene Bühne ein Zugewinn für eine belebte Innenstadt. Hier könnte der Verein „Buchholz Marketing e.V.“ auch gut eingebunden werden. Vielleicht sollte auch darüber nachgedacht werden, den Empore-Teich zuzuschütten, um Platz für Aufführungen, Erweiterung der Marktflächen oder ein Straßen-Café zu schaffen.



In der Sportpolitik wird es darauf ankommen, wie das vorgelegte Sportstätten-Konzept am Holzweg sich in welchem Umfang realisieren lassen wird. Hier wird der Schwerpunkt der Buchholzer Liste auf der Förderung der Bewegung von Kindern und Jugendlichen liegen.

Wirtschaft und Finanzen: natürlich wird sich die Buchholzer Liste auch für eine Wirtschaftsförderung einsetzen, allerdings soll z.B. die Ausweisung von Gewerbeblächen mit Bedacht erfolgen und nicht, wie bereits in verschiedenen Medien zu lesen war, wahllos alle Flächen rings um Buchholz mit Gewerbe zugebaut werden. Nochmal darüber nachzudenken, wie die Leerfläche bei Möbel Kraft umzugestalten ist oder ob Flächen an der Bahn zum Verkauf stehen, wäre auch eine alternative Lösungsmöglichkeit und weitaus nachhaltiger. Und so groß kann der Druck nicht sein, wie noch zur Verfügung stehende Einzel-Flächen im Gebiet GE II Erweiterung zeigen.

Alle kommenden Maßnahmen werden die Stadt Buchholz in hohem Grad finanziell belasten. Alleine für die Fortführung des Mühlentunnel-Ausbaus und des Um-/Neubaus der Waldschule wird in 2017 ein zweistelliger Millionen-Betrag aufzubringen sein. Hier gilt es „hauszuhalten“, so hieß es oft in der Vergangenheit. Viele nötige Infrastrukturmaßnamen wurden so um das eine und andere Jahr verschoben, zu Gunsten eines „ausgeglichenen“ Haushaltes, so hieß ein ums andere Mal. Dabei scheinen genug Fördermittel vorhanden zu sein: der Bund hat einen Fonds über 3,5 Mrd. € zur Förderung kommunaler Investitionen aufgelegt, abgerufen wurden davon bisher 38,8 Mio; für den Breitbandausbau hat der Bund dieses Jahr 154 Mio. € zur Verfügung gestellt, 1,4 Mio € wurden davon beansprucht; seit 2007 gibt es Bundesprogramme für den Kita-Ausbau, für dieses Jahr sind 230 Mio. € vorgesehen, aber nur 110 Mio. € abgerufen. Sicherlich gibt es noch mehr Förder-Beispiele, die auf Grund von mangelnden Kapazitäten und natürlich eines sehr hohen Arbeitsvolumens nicht erfasst und ausgeschöpft werden. Da liegt es doch nahe, eine Stelle einzurichten, vielleicht befristet, die sich mit dem Aufbau einer Förderdatenbank beschäftigt und damit den Zugang zu einer möglichen Förderung deutlich erleichtern würde. Dazu wird es in Kürze einen Antrag geben, da dies auch auf der Prioritätenliste zum ISEK steht.

Noch ergänzend und weil es elegant auf den Ausgangspunkt zurückführt: eine vor kurzem gegründete Expertenkommission des Bundes schlägt eine „Investitionsagenda“ vor, ein mehrjähriger Plan zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur. Probleme ließen sich nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten bewältigen und lösen.

Ich möchte an und von dieser Stelle meinen Dank an die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in Buchholz aussprechen. Das ist mir letztens bei der Einweihung des neuen Löschfahrzeugs sehr deutlich geworden: ehrenamtlich tätige Feuerwehrmänner schützen die Allgemeinheit! In dieser Stadt geben ganz, ganz viele Bürger freiwillig und zum Wohl anderer eine Menge ihrer Zeit. Ob in der Flüchtlingshilfe, in andere sozialen Einrichtungen, in den Sport- und Kulturvereinen, in den Krankenhäusern und an vielen anderen Orten, wo Hilfe benötigt wird. Das ist gemeinsames Wirken für gute Dinge und das ist großartig!

An die Stelle von Neugier und Weltoffenheit tritt der Tumor der Provinzialität – das gilt es zu vermeiden und entgegen zu wirken, daher möchte ich eine Sache noch ansprechen: Ich gehe davon



aus, dass zumindest die große Mehrheit der Ratsmitglieder und der Verwaltungsführung sich gegen jede rassistisch, homophob, frauenfeindlich oder anderweitig anti-demokratisch eingefärbte Meinung verwehren und dies auch deutlich zum Ausdruck bringen wird. Demokratie kann sicherlich eine Menge ertragen, aber sie muss nicht alles erdulden. Vielleicht kann die „Frankfurter Erklärung gegen Rassismus“ eine Vorgabe für eine ähnliche Stellungnahme dieses Rates sein, sie ist im Anhang dieser Grundsatzrede nachzulesen.

Zum Abschluss dieser Rede, wie begonnen so auch beendet mit ein bisschen Kultur:

„The woods are lovely, dark and deep

But I have promises to keep,

And miles to go before I sleep,

And miles to go, before I sleep“.

Diese vier Zeilen aus *Robert Frost, Stopping by Woods on a Snowy Evening*, dieses „Und Meilen gehen, bevor ich schlafen kann“ zitierte John F. Kennedy oft am Ende seiner Wahlkampfreden und deshalb kann es kaum einen besseren Schluss für diese Grundsatzrede geben, als: Es wäre fabelhaft, wenn wir uns gemeinsam auf den Weg machen würden, mit einer Politik der Geschlossenheit und Gemeinsamkeit, Gutes zu tun für diese Stadt und ihre Bürger.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ihr Christoph Selke

Frankfurter Erklärung gegen Rassismus

**Aus Anlass des Antirassismustages der Vereinten Nationen am 21. März 1990 erklären wir:
(Erneuerter Beschluss des Magistrates der Stadt Frankfurt am Main im August 2000)**

"Frankfurt soll eine Stadt sein, in der Fremdenfeindlichkeit wie Antisemitismus keinen Platz haben, eine Stadt, die vom friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen geprägt ist und darin keine Gefahr, sondern eine Chance sieht. Der Ausländeranteil in Frankfurt ist der höchste der Bundesrepublik - gerade deswegen muss es eine vorrangige Aufgabe der Stadt sein, exemplarisch allen Anzeichen von Xenophobie entgegenzutreten und ihr den Boden zu entziehen. Jede Form der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religionszugehörigkeit und Nationalität verstößt gegen das Prinzip der Menschenwürde und der Gleichheit und ist unvereinbar mit jenen kulturellen, rechtlichen und politischen Traditionen, die in der Erklärung der Menschenrechte bindend kodifiziert sind. Eine zivile Gesellschaft kann Fremdenfeindlichkeit nicht dulden. Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch kulturelle Vielfalt, durch die Begegnung und den Austausch unterschiedlichster Kulturen aus. Dazu haben nicht zuletzt auch die ausländischen Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Wenn wir den Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegentreten, dann auch, weil wir den kulturellen und gesellschaftlichen Reichtum schätzen und verteidigen, den wir der Koexistenz verschiedener Kulturen, Nationalitäten und Lebensstile verdanken. Die Ausländerinnen und Ausländer, die hier leben, sind keine Gäste. Ihnen stehen gleiche Rechte zu, sie dürfen nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Als vor Jahrzehnten die Arbeitsimmigration einsetzte, wurden Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen. Insbesondere darauf war unsere Gesellschaft nicht gerüstet. Der Integration in den Wirtschaftsprozess entsprachen keine auch nur annähernd vergleichbaren Anstrengungen, den Ausländerinnen und Ausländern eine menschenwürdige soziale Umwelt sowie gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten zu garantieren. Einer Gesellschaft aber, deren Wirtschaft längst international verflochten ist und die vom internationalen Austausch lebt, steht eine solche soziale Unempfindlichkeit schlecht zu Gesicht. Europa befindet sich im Umbruch, der einstige Ostblock hat sich geöffnet. Grenzen sollen fallen, und der Nationalstaat wird an Bedeutung verlieren. Dieser Prozess wird - ob wir es wollen oder nicht - zu neuen Migrationen führen. Ein Denken, das die Menschen in Fremde und Einheimische aufteilt, passt nicht mehr in diese Zeit. Wir müssen, stärker als bisher, die Fähigkeit und die Kraft entwickeln, Fremde in unsere Gesellschaft aufzunehmen: Übersiedler und Aussiedler (die hier erst einmal auch Fremde sind) ebenso wie Asylbewerber, wie Menschen also, die aufgrund von Rasse,

Geschlecht, Religionszugehörigkeit oder Nationalität verfolgt werden, oder wir Flüchtlinge aus Katastrophengebieten. Wir müssen den selbstverständlichen Umgang mit ihnen lernen. Sehr große politische, soziale und ökologische Probleme werden in den kommenden Jahrzehnten zu lösen sein, und das wird ohne Spannungen nicht abgehen. In einer demokratischen Gesellschaft, die zudem so reich wie unsere ist, sollte dabei eines Konsens sein: Es ist die Pflicht aller zu verhindern, dass statt der schwierigen Lösung der Probleme die ebenso bequeme wie unsinnige Suche nach Sündenböcken beginnt. Stadtluft macht frei, so heißt es seit der frühen Neuzeit, und die freien Städte waren immer Orte des wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs wie auch des Schutzes für Verfolgte gewesen. Dieser Tradition weiß sich die ehemals Freie Reichsstadt Frankfurts verpflichtet: gerade in einer Zeit, die einerseits von neuen Aufbruchsbewegungen und andererseits vom neuerlichen Ruf nach einfachen Lösungen und Schuldigen geprägt ist. Ohne Weltoffenheit werden die Aufgaben der Zukunft mit Sicherheit nicht zu meistern sein."

Stadt Frankfurt am Main

Der Magistrat